Regierungsorgan fordert KPD-Verbot

Ins Zuchthaus mit den KPD-Führern / Verbot der ganzen kommunistischen Presse

In der letzten Sonnabendausgabe der „Volkskonservativen Stimmen" des Ministers der Brüningdiktatur, Treviranus, finden wir einen Leitartikel zum Spartakiadeverbot, in dem u. a. folgendes steht:

„Immer noch wird es gestattet, daß die Kommunisten in ihren Zeitungen und Flugblättern eine wüste Hetze gegen jede staatliche Autorität treiben", anstatt daß diese Zeitungen, ob sie sich nun in solchen Wendungen ergehen, die juristisch greifbar sind, oder in solchen, die eben noch durch die Maschen der Notverordnung schlüpfen, rigoros verboten und die Propagandisten und Rädelsführer der Situation entsprechend für einen solchen Zeitraum festgesetzt werden, daß ihnen die Luft für Politik, wie sie sie verstehen, vergeht. Selbst ein Verbot der Kommunistischen Partei überhaupt wäre zu erwägen, wenn dem Terror dieser von Moskau abhängigen und geleiteten Unsicherheitszelle muß wirksam begegnet werden, auch wenn die demokratischen Prinzipien darunter Schaden leiden sollten."

Das Blatt das dieses schreibt, ist das Organ der Volkskonservativen Vereinigung, die bedingungslos hinter der Brüningregierung steht. Bei der letzten Wahl hat diese Treviranus-Vereinigung 0,8 Prozent Stimmen erhalten, während die Kommunistische Partei 13,1 Prozent aller gültigen Gesamtstimmen bekam. Die „Demokratie" in Deutschland sieht aber so aus, daß diese 0,8 Prozent, vertreten in der Brüningdiktatur, „auch wenn die demokratischen Prinzipien darunter Schaden leiden," kurzerhand das Verbot der Kommunistischen Partei, das Verbot der Presse und Verhaftung der kommunistischen Parteiführer verlangen.

Was Treviranus in dem Artikel fordert, ist zum Teil schon in den letzten Wochen verwirklicht worden. Die andauernden Verbote der kommunistischen Presse und kommunistischen Versammlungen, das Verbot der Spartakiade, waren bereits diktatorische Willkürakte. Der Artikel in dem Treviranus-Blatt aber folgendermaßen:

„Andere Staaten haben mit rigorosen Maßnahmen gegen den Kommunismus ganz gute Erfolge erzielt, und nur in Deutschland läßt man ihnen freie Hand."

Ja, ob sich Herr Treviranus nicht dabei in den Finger schneidet. Der jahrelange blutige Terror gegen die Kommunisten in Bulgarien hatte zur Folge, daß die Kommunistische Partei Bulgariens die stärkste aller Parteien wurde. Die Entwicklungsgesetze sind eben stärker als alle Diktaturmaßnahmen einer fallenden Klasse. Sie sind selbst dann stärker, wenn sich Treviranus auch mit seinem Vorgehen gegen die Kommunistische Partei verbündet mit Severing und Adolf Hitler. Die Massenkraft des Proletariats, geführt von der Kommunistischen Partei, wird Sieger sein über jegliche Kapitalsdiktatur. Masseneintritte in die Kommunistische Partei, in den Kommunistischen Jugendverband, Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch tausende neue Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen, das ist die beste Antwort an Treviranus und sein Blatt.

Druckerstreik bei Hesse & Becker

Bei der Firma Hesse u. Becker in Leipzig streiken die Drucker. Unser Bruderblatt, die SAZ berichtet darüber wie folgt:

Es ist der Firma gelungen, drei Streikbrecher zu werben, die gleich im Betrieb schlafen. **Eine Hilfsarbeiterin, die sich weigerte, mit den Streikbrechern zusammenzuarbeiten, wurde fristlos entlassen, worauf sich die übrigen Hilfsarbeiterinnen mit der Entlassenen solidarisch erklärten.**

Die Haltung des reformistischen Betriebsrates, sowie der Buchdruckerbürokratie zeigt, daß man gar nicht daran denkt, den kämpfenden Druckern im Flachdruckraum zum Sieg zu verhelfen. Anstatt den gesamten Betrieb stillzulegen und so einen Druck auf den Unternehmer auszuüben, kuhhandelt man mit der Firma unter Ausschluß des Betriebsrats der streikenden Drucker.

Wollen die Drucker bei Hesse und Becker ihren Kampf erfolgreich beenden, dann müssen sie sich frei machen von einer Streikführung, die die sichere Niederlage bedeutet.

Proklamierung des Streiks im ganzen Betrieb ist das Gebot der Stunde und die Voraussetzung des Sieges der kämpfenden Drucker.

Wie uns am Montag vormittag nachträglich mitgeteilt wird, haben Montag beim Arbeitsbeginn **wiederum neue Streikbrecher angefangen, so daß jetzt insgesamt 8 Streikbrecher im Betrieb sind. Zwei davon sollen SA-Leute aus Berlin sein.**

Bei den neuerdings stattgefundenen Verhandlungen soll der Unternehmer provokatorisch folgende Forderungen gestellt haben: Bedingungslose Anerkennung seiner Maßnahmen (Lohnabbau bis 6 Mark), Einstellung der Streikenden nach Bedarf, Verpflichtung des Betriebsrates, die Streikbrecher gegen alle „Anfeindungen" zu schützen. Erfreulicherweise hat der Betriebsrat es abgelehnt, auf diese entwürdigenden Bedingungen einzugehen.

Wir scheuen uns aber nicht, zu sagen, daß das weitere Verhalten des Betriebsrates zum Schaden der streikenden Drucker ist. Wenn die Firma so auftrumpft, und wagt, derartige Bedingungen überhaupt zu stellen, so ist das der Ausdruck der unzulänglichen Taktik, nach der der Streik geführt wird.

Wir betonen nochmals: Ausdehnung des Streiks auf den gesamten Betrieb, das ist das Gebot der Stunde.

Die neueste Unternehmerforderung:

20 Prozent Lohnraub durch Notverordnung

Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner Dienstag-Morgenausgabe einen sensationellen Artikel von Günther Stein über seine Eindrücke aus dem Ruhrgebiet. Dieser Artikel trägt die Ueberschrift: „Das Ende der Wirtschaftsdemokratie?" Zuerst stellte der Berichterstatter fest, „daß **verdammt wenig von den Weimarer Grundsätzen verwirklicht wurde**", und gibt dann die Meinung der Unternehmer über ihre nächsten Aufgaben wieder:

„Wir müssen auf das Lebensniveau der uns umgebenden Völker heruntergehen. Gemeint sind Polen, die Tschechoslowakei und die fremder halbzivilisierten Industriearbeiter des nördlichen Frankreich. Das einzige, was uns vielleicht noch retten kann, wäre, man könnte durch eine Notverordnung sämtliche Löhne und Gehälter in Deutschland um 20 Prozent senken."

Günther Stein schreibt dazu: „Diese Wirtschaftsführer also wollen die Löhne senken und wohlgemerkt auch die „Sozialkasten". Sie wollen es offenbar — vorläufig jedenfalls mit Brüning zusammen. Brüning ist tüchtig und richtig, aber er tritt noch lange nicht genug auf. Man gibt zu, selbst keine neuen Ideen, keine Pläne zu haben als immer wieder den einen: Radikaler Abbau der Löhne und Gehälter, Herabdrückung des Lebensstandards.

Der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts" schreibt zum Schluß seines Artikels: „Zwei Dinge marschieren im Ruhrgebiet: der Faschismus und als Reaktion auf ungeheuerliches Elend der Kommunismus."

Mit anderen Worten gibt also Günther Stein zu, daß alle Ausgebeuteten sich immer stärker um die Kommunistische Partei und die RGO. scharen und darin liegt die Gewähr, daß der Kampf gegen die Volksausbeuter an der Ruhr stärker und besser organisiert und schließlich siegreich durchgeführt wird. Günther Stein schreibt selbst, daß die Ruhrunternehmer die Sozialdemokraten nicht mehr ernst nehmen, da sie „bei weitem [illegible] der Machtfaktor sind".

Gewerkschafter klagen ADGB-Führer an

Antrag zum ADGB-Kongreß

Die DMV.-Mitglieder der Ortsverwaltung Kreuznach haben zum bevorstehenden ADGB.-Kongreß folgenden Antrag angenommen:

„Die Notverordnung vom 5. Juni bringt für das werktätige Volk ungeheuerliche Lasten. Sie ist das Unerträglichste, was je auf diesem Gebiet geschehen ist. Sie ist Ausdruck einer Politik, die mit offen faschistischen Methoden gegen die Arbeiterklasse durchgeführt wird. Die bisherigen Notverordnungen brachten eine gewaltige Verschlechterung der Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung (die überhaupt noch in Frage gestellt ist), Krisenfürsorge usw. Durch die Notverordnung vom 5. Juni wurden fast die letzten Rechte beseitigt, wie Tarif- und Streikrecht usw. Auch wurden der Arbeiterklasse direkt und indirekt neue Steuerlasten aufgebürdet. Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurde durch die Notverordnung vom 28. März der letzte Rest der bürgerlichen Demokratie, wie Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit aufgehoben. Zu allen diesen ungeheuerlichen Notverordnungen haben die Vertreter des ADGB. geschwiegen. Obwohl sie immer wieder behaupten, die Notverordnungen seien unannehmbar, wurde durch ihre Haltung zur Brüningregierung deren Politik gefördert. Wir verurteilen diese Haltung der ADGB.-Führer und fordern die Arbeiterschaft zum Kampf um die Beseitigung der Notverordnung auf."

Außerdem nahmen die Kreuznacher Metallarbeiter einen Antrag gegen die sozialfaschistische Ausschluß- und Spaltungspolitik an und stellten dem ADGB.-Vorstand ein Mißtrauensvotum aus.

Diese Anträge wurden rechtzeitig, vor dem dafür gestellten Termin, von der DMV.-Ortsverwaltung dem Bundesvorstand eingereicht.

Die Leipart und Graßmann mögen durch ein faschistisches Wahlsystem verhindern, daß auf dem Kongreß in Frankfurt a. M. oppositionelle Delegierte erscheinen können. Sie werden aber die Stimmen der revolutionären Opposition nicht unterdrücken können. In allen Gewerkschaften wird die Opposition mit verstärkter Energie die Mitgliedermassen aufklären und Tausende über Tausende für die rote Einheitsfront des Kampfes gewinnen.

Sag' es deinem Kollegen:

Fest der roten Presse

am 25. Juli im Zoo

„Deutsche Werkstätten" entlassen ältere Angestellte

Die Deutschen Werkstätten, Hellerau, haben sämtlichen älteren Angestellten, Meistern usw. die Stellung zum Jahresende gekündigt, angeblich, weil das Wirtschaftsministerium als Bedingung für die Auszahlung einer Subvention eine „billigere" Betriebsführung stellt.

Die Deutschen Werkstätten verstehen darunter selbstverständlich nur einen Abbau ihrer Ueberorganisation und die Entlassung ihrer hochbezahlten und völlig überflüssigen Direktoren, Betriebsleiter usw., sondern sie benutzen die Gelegenheit, um alte Angestellte, die zum Teil seit 20 und mehr Jahren dort beschäftigt sind, loszuwerden.

Angestellte, Werkmeister! Die Augen auf! Das, was sich hier abspielt, wird Schule machen. Jeder Betrieb, der vom Staate Subventionen erhält, wird die dabei gestellte Bedingung ebenso auslegen und die älteren Arbeitnehmer abstoßen. Eure Verbände werden mit euren Arbeitgebern kuhhandeln und bestenfalls eine kleine Abfindung für euch herausholen und wenn ihr diese aufgebraucht habt, dann werdet ihr langsam verhungern. Die am Ende befindliche Wirtschafts„demokratie" wird mit rücksichtsloser Schärfe auch über euch und eure Familien hinweggehen und eure Verbände werden das letzte Stadium eurer Proletarisierung nicht aufhalten.

Werdet Mitglieder der RGO! Laßt die Arbeiterstimme und werft die bürgerliche Lügenpresse aus eurem Wohnungen!

Nur bringt euch allein die Einreihung in die revolutionäre Klassenfront, denn nur diese kann ein freies sozialistisches Deutschland erkämpfen, in dem Kopf- und Handarbeiter ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Kampfbund gegen Faschismus stößt vor

Die Ortsgruppe Schandau gründete in den letzten Tagen eine neue Ortsgruppe in Postelwitz-Ostrau. 15 Neuaufnahmen wurden für den Kampfbund gewärbt, darunter zwei ehemalige SA-Mitglieder, die den Weg Scheringers gegangen sind. Sie haben erkannt, daß nur die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei einen Kampf führt gegen neugdeutschen Hungerkurs, für Arbeit, Brot und Freiheit. Ihr anderen Ortsgruppen macht's nach!

Ausschlüsse aus dem Kampfbund gegen den Faschismus

Ausgeschlossen wurde wegen organisationsschädigenden und unproletarischen Verhaltens im wiederholten Falle die ehemalige Kameradin Meta Eich, Schloßstraße 13.

Willy Köckritz und Gertrud Köckritz, Schützengasse 16, I., wurden ausgeschlossen wegen unproletarischen Verhaltens.

Die Polizei sieht zu:

Wie Nazis in der Flutrinne exerzieren

(Arbeiterkorrespondenz 1530)

Am Sonntag, den 5. Juli, früh 8 Uhr, bemerkten wir bei einem Spaziergang bei Härmanns Wasserfabrik etwa 160 Nazis, die dann über Uebigau nach der Flutrinne Kaditz marschierten.

Als gedienter Soldat bin ich in der Lage, genau zu unterscheiden, was militärische und was sportliche Uebungen sind. Daraufhin setzte ich mich fernmündlich mit dem Polizeipräsidium in Verbindung. Der sich dort meldende Offizier sagte mir, daß es sich bei den Nazis nur um sportliche Uebungen — er konnte es anscheinend durchs Telefon sehen — handele und daß diese erlaubt und außerdem polizeilich beaufsichtigt seien, worauf er den Hörer einhing und mich stehen ließ. Es traf zwar zu, daß sich an Ort und Stelle ein Polizeiauto befand, aber die betreffenden Polizeibeamten sahen sich absolut nicht veranlaßt, das Auto zu verlassen und die exerzierenden Nazis zu beobachten.

Weißgardistische Landsknechte haben in Youngdeutschland völlige Handlungsfreiheit. Unter den Augen der Polizei werden militärische Uebungen veranstaltet. Keine Versailler Paragraphen wie gegen den RFB, werden in Anwendung gebracht. Diese Landsknechte der Youngräuber können sich frei bewegen, zu dem einzigen Zweck, die ideologische Aufrüstung, die chauvinistische Kriegsstimmung zu erzeugen. Sie sind ausersehen als Kanonenfutter für die imperialistischen Räuber gegen die Sowjetmacht.

Wie kommt der Rat zu Dresden überhaupt dazu, das Herumtrampeln von 160 Mann in der Flutrinne zu genehmigen, wo sonst Arbeiter, die für ihre armseligen Karnickel eine Handvoll Gras holen wollen, mit Geldstrafen belegt werden? Vielleicht äußert sich der hohe Rat mal hierzu.

Amtliche Sportnachrichten

Agitationsbezirk Dresden

Rasenspielsparte

Spielverbot besteht am 26. Juli, anläßlich des Stadtspiels Dresden-Berlin.

Vereinsvorständekonferenz findet am Sonntag, dem 2. August, früh um 8.30 Uhr im DSV 10 Klubhaus statt.

Inserate müssen bis zum 18. Juli an die Bezirksleitung eingesandt sein.

Kasse: Die in Nummer 26 des Roten Sachsensportes veröffentlichten Vereine bleibt der Punkteverlust nach bestehen, außer den Vereinen, die vollständig ihre offenstehenden Beträge beglichen haben. In Frage kommt hiermit Pirna 1, 1885, Weixdorf, DSV 10 Coßmannsdorf.

Fußballsparte.

Börse findet am Sonnabend, dem 18. Juli, 19 Uhr, im Restaurant Stadt Braunschweig, Jakobsgasse statt. Die Vereine wie Radebeul, Brockwitz, Rippien, Radeberg, Ottendorf, Laußnitz, Mühlbach, Häselich, Krippen, Königstein, brauchen nicht zu erscheinen, wenn sie bis zum 30. August abgeschlossen haben.

Strafen wegen Fehlen in Schiriobversammlung am 4. Juli, je 2.50 Mark die Vereine Zschachwitz, Dohna, Cossebaude Straßenbahn.

Strafen für fehlende Formulare je 25 Pfennig. 263, 352, Deuben 178, Heidenau 374, 378, Zschachwitz 194, Dohna 315, Zaucherode.

Schiri je 2.50 Mark 99, 1885; je 1.50 Mark 316 Zaucherode, 338 Fortschritt. 5 Mark wegen Nichtantreten zu einem Börsenspiel: Ottendorf. Außerdem hat Ottendorf bis zum 19. Juli 1931 4 Mark Unkosten an Brockwitz abzuführen. Brockwitz hat den Eingang des Geldes zu melden.

Punkteverlust erhalten, Spiel 300, Süd-Hellos 214, 314, Cossebaude. Spiel 240 am 23. August fällt aus.

Handballsparte

(Siehe Rasenspielsparte.)

Schiriobversammlung findet am 17. Juli um 19 Uhr im Restaurant Müller, Gerockstraße 7, statt. Alle handballtreibenden Vereine haben einen Vertreter zu entsenden. Auf der Tagesordnung: Wichtige Regelbelehrung. Schirihandbücher sind daselbst zum Preise von 20 Pfennig zu haben. Vereine beachtet mehr den je die Amtlichen Bekanntmachungen.

Rasenspielsparte.

Alle Schiri, Fuß- wie Handballschiri, die anläßlich der Roten Sportfeste angesetzt sind, haben unbedingt anzutreten, andernfalls einen geeigneten Ersatz zu stellen. Eine andere Benachrichtigung erfolgt nicht mehr.

Berichterstatter: Alle Veranstaltungen, die schon am Freitag und Sonnabend stattfinden, sind von den Vereinsberichterstattern abzunehmen und am Sonntag früh dem erscheinenden Genossen sofort zu übergeben.

Bullrich-Salz für Bullrich-Brause